

Aktenzeichen

Verfasser/in

Jakobs, Christian

Beratung

Datum

Stadtrat

22.07.2020

öffentlich

Betreff

Ausbau der Räumlichkeiten für die Stadtverwaltung

Sachverhalt:

Durch den Personalzuwachs der vergangenen Jahre, die Zunahme von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen, die notwendige Auslagerung aufgrund von Baumaßnahmen sowie zuletzt auch die arbeitsplatzeinschränkende Corona-Maßnahmen stehen derzeit bereits vier Beschäftigten (2x Jugendamt, 2x Digitalisierungsbeauftragte) der Stadt Ansbach keine Arbeitsplätze zur Verfügung. Darüber hinaus sind weitere Stellen derzeit nicht besetzt. Eine Besetzung würde zu weiteren Raumproblemen führen. In den vergangenen Jahren wurden bereits Nachverdichtungen, wo möglich, geprüft. Auch werden regelmäßig Desk-Sharing Möglichkeiten eruiert. Diese kollidieren jedoch oftmals mit teilzeitbegründenden Sachzwängen.

Mittelfristig schlägt die Verwaltung daher vor, den Gebäudekomplex Rathaus/Schrammhaus zu sanieren und ggf. zu erweitern. Der Fokus soll dabei künftig auf Büroräumen liegen, so dass neben den bisher in diesem Gebäudekomplex untergebrachten Organisationseinheiten auch weitere Beschäftigte Unterbringung finden können.

Kurzfristig schlägt die Verwaltung vor, das bisherige Bauaktenarchiv in der Nürnberger Straße zu Büroräumen umzufunktionieren. Die Umlagerung der Bauakten kann in die Registratur bzw. die Lagerräume im Bereich der Nürnberger Straße 26 erfolgen. Es ist angedacht die Bauakten in den nächsten Jahren zu digitalisieren. Ein Abschluss der Baumaßnahmen wird bis Ende 2021 avisiert. Hierbei wird nach erster Einschätzung mit Kosten in Höhe von ca. 310.000 € gerechnet.

Kurzfristig wären die Arbeitsplätze der betroffenen Beschäftigten räumlich auszugliedern. Hier bestehen zwei Alternativen:

1. Grundsätzlich bestehen am Ansbacher Mietmarkt verschiedene Angebote, die mit Platz für 10 bis 20 Arbeitsplätze zwischen 35.000 € und 70.000 € p.a. Kosten verursachen. Noch nicht berücksichtigt sind notwendige und ggf. als Mietaufschlag zu zahlende Umbau- und Sanierungsarbeiten. Noch zu klären wären die Anbindung an das städtische Datennetz (Kosten zwischen 5.000 € und 25.000 €). Grundsätzlich stehen die Angebote sofort zur Verfügung. Die Umbauarbeiten dürften zudem noch einige Wochen in Anspruch nehmen.
2. Im TIZ Ansbach besteht voraussichtlich ab September ein Leerstand, der die Unterbringung von 18 bis 22 Beschäftigten ermöglicht. Die Immobilie steht im Eigentum der Stadt Ansbach, weitere nennenswerte Kosten fallen nach derzeitiger Einschätzung nicht an. Es ist mit Mindereinnahmen in Höhe von 20.000 € bis 30.000 € zu rechnen, die jedoch aufgrund der derzeitigen Marktlage nur schwer zu erzielen wären.

Die auszugliedernden Verwaltungseinheiten stehen noch nicht fest, hier wird ein Vorschlag des Personal- und Organisationsamtes erstellt. Soweit der Stadtrat den Beschlussvorschlag unterstützt, soll über die Gesamtmaßnahme und deren Vorangehen künftig regelmäßig im Personalausschuss berichtet werden.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit einer Anpassung der Planung zum Gebäudekomplex Rathaus/Schrammhaus unter dem Gesichtspunkt der optimierten Unterbringung von Verwaltungseinheiten.
2. Der Stadtrat stimmt der Umwandlung des Bauaktenarchivs in Büroräume grundsätzlich zu. Die weiteren notwendigen Beschlüsse sind in den zuständigen Gremien zu fassen.

Alternative A:

3. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die für die Ausgliederung vorgesehenen Verwaltungseinheiten bis zum Abschluss der Baumaßnahmen nach Beschlussvorschlag Nr. 2 in einem anzumietenden Gebäude unterzubringen. Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister mit dem Abschluss von im Sachverhalt genannten Mieträumlichkeiten mit Kosten in Höhe von voraussichtlich 70.000 €/a sowie den ggf. notwendigen Kosten für den Datenanschluss. Die hierfür im Haushaltsjahr 2020 notwendigen außerplanmäßigen Mittel werden bereitgestellt.

Alternative B:

3. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister die für die Ausgliederung vorgesehenen Verwaltungseinheiten bis zum Abschluss der Baumaßnahmen nach Beschlussvorschlag Nr. 2 im TIZ Ansbach unterzubringen.